

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

in monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —
je Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahres-
e: Voßhaus, Breite Straße 8/9, Ullsteinhaus, Kochstraße 22/26,
lialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co, Amt Moritzplatz
3 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)
S. Bachmann in Berlin.

2. IV. 1916

7

Ein verfehltes Kompromiß.

Die Porto-Erhöhungen im Anschuß.

Von

Arved Jürgensohn.

Der Steuerauschuß des Reichstags, der heute seine Beratungen wieder aufnimmt, hat in der Postgebührenfrage merkwürdig hin und her geschwankt. Die Regierungsvorschläge empfahlen folgende Portoderhöhungen: einfache Briefe 15 Pf. statt 10 Pf.; Ortsbriefe und Postkarten 7 Pf. statt 5 Pf. und einfache Drucksachen bis 50 Gramm 4 statt 3 Pf. Ein Antrag von vier Parteien änderte diese Sätze dahin ab, daß Ortsbriefe und Postkarten durchweg 10 Pf. kosten sollten. Eine Erhöhung um 100 v. H., für die Ortskarten gegenüber dem Zustande vor 1906 sogar um 400 v. H. Schließlich einigten sich die bürgerlichen Parteien auf folgender Grundlage: Fernbriefe 13 Pf., Postkarten und Ortsbriefe 8 Pf. und einfache Drucksachen 5 Pf.

Danach ist die Portosteigerung für Fernbriefe allerdings von 50 auf 30 v. H. verringert, die Zuschläge für Postkarten und Ortsbriefe werden aber von 40 auf 60 v. H. erhöht; die Drucksachenzuschläge sogar von 33 auf 67 v. H. Einfache Drucksachen würden fortan im Deutschen Reich also teurer sein als im Weltpostverein, wo sie nur 4 Pf. oder 5 Centime kosten, so daß eine deutsche Firma ihre Massensendungen von Reklamendruckfachen und Rundschreiben für das deutsche Inland mit einer Portosparnis von 25 v. H. aus dem Auslande, z. B. aus der Schweiz, abschicken lassen könnte. Bei 10 000 Stück schon fast 100 Mark Ersparnis!

Der Satz von 13 Pf. für Fernbriefe würde an den Posthaltern stets die umständliche Kupfergeldrechnung verursachen, die die Reichspostverwaltung doch vermeiden möchte. Da würde sich noch eher empfehlen, den Satz von 12,5 Pf. zu wählen, so daß 2 Marken 25 Pf., zwei Zuschlagsmarken allein aber 5 Pf. kosten.

Die starke Verteuerung des Ortsbriefverkehrs und der Postkarten ist unhaltbar. Blicke es aber dabei, so wäre auch hier ein Zuschlag von 2,5 Pf. den 3 Pfennigen vorzuziehen. Berücksichtigt man aber, wie gerade der alltägliche örtliche Briefverkehr am schwersten eine Verteuerung verträgt, wie er zum Teil ganz unterdrückt, zum Teil in besonders hohem Maße auf den Fernsprecher abgewälzt würde, so wird man sich hier, doch noch besinnen müssen, zumal nach der Aufhebung der billigen Privatposten und der Verteuerung der Ortspostkarten von 2 auf 5 Pf. im Jahre 1906. Doch selbst zugestanden, daß die geschlossenen Ortsbriefe versuchsweise, der Geldklemme wegen, von 5 auf 7,5 Pf. verteuert werden; die Postkarten vertragen keine Verteuerung, vollends im Ortsverkehr. England, Amerika und andere Länder haben ein billigeres Postkartenporto von 4 bis 4,5 Pf., also 5 Centime, $\frac{1}{2}$ Penny, 1 Cent usw. Man denke auch an die Hunderte von Millionen Ortskarten und Ortsbriefe, die allein infolge der Zeitungsanzeigen Angebot und Nachfrage zusammenführen, Warenumsatz und Arbeit vermitteln, oft von einzelnen armen Menschen in größerer Zahl versandt. Es wäre ein Widerspruch, eine Warenumsatzsteuer zu empfehlen und gleichzeitig den den Warenumsatz vermittelnden und besonders fördernden Postverkehr und wohlfeilen Ortsbriefwechsel durch wesentliche Verteuerung erheblich zu erschweren.

Wir haben schon einmal im Reichstag einen Antrag auf Verteuerung der Postkarten von 5 auf 7 Pf. erlebt, und da war es der Staatssekretär des Reichspostamts selbst, der dieser Anregung entschieden widersprach. Seine guten, überzeugenden Gründe von damals gelten heute, wo das Geld viel knapper ist, in verstärktem Grade. Im Februar 1906 beantragte nämlich der Zentrumsabgeordnete Racken eine Zuschlagstaxe von 2 Pf. für die Ansichtspostkarten. Also eine Portoderhöhung auf 7 Pf. Der Staatssekretär erinnerte aber daran, daß dieser Antrag auch die von Handel und Industrie massenweise verschickten Reklamepostkarten mit Abbildungen schwer treffen und durch Verkehrsverminderung die Posteinahmen schmälern würde. Man würde Ansichtskarten dann in Briefumschlägen als Drucksachen oder Beilagen zu Briefen versenden oder oft auch ganz auf sie verzichten. Ein Rückgang des Verkehrs um 25 v. H., wie zu erwarten sei, bedeute bei den 500 Millionen jährlicher Ansichtskarten